



Medienmitteilung Freiburg, 14. Juni 2018

Die Westschweizer Regierungskonferenz macht sich für eine breite regionale Verankerung der SRG und den Verbleib der Radio-Redaktion in Bern stark

Die SRG spielt eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt zwischen den Sprachregionen in unserem Land. Die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) ist besorgt über die Pläne der SRG, die Informationsabteilung Radio von Bern nach Zürich zu verlegen. Anschliessend an ihre Vorstandssitzung vom 8. Juni 2018 hat sie den Verwaltungsrat der SRG in einem Schreiben gebeten, seine Pläne zu überdenken. Bern ist das politische Zentrum der Schweiz und ein wichtiges Bindeglied zwischen der Deutsch- und der Westschweiz. Die Bundeshauptstadt muss deshalb als Redaktionsstandort der SRG weiterhin eine tragende Rolle innehaben.

Die Westschweiz hat eine andere Beziehung zum Standort Bern als zum Standort Zürich. Der Kanton Bern ist ein Bindeglied zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz. Die Westschweizer Kantone gehen davon aus, dass eine in Bern beheimatete Deutschschweizer Radio-Redaktion differenzierter und umfassender über die Westschweiz berichtet als eine, die von Zürich aus arbeitet.

Die Zusammenlegung der Radio- und Fernsehredaktion in Zürich wäre auch aus medienpolitischen Gründen bedenklich. Die Entwicklungen in der Schweiz Medienlandschaft in den vergangenen Monaten und Jahren haben zu einer Zentralisierung und zum Abbau von Redaktionen geführt. Die Westschweiz hat die Konzentration der Entscheidungszentren in Zürich besonders schmerzhaft zu spüren bekommen.

Der Wegzug der Radio-Redaktion aus dem Politzentrum der Schweiz würde unser föderalistisch aufgebautes Staatswesen gefährden. Die SRG bildete mit ihrer föderal aufgebauten Organisation die Schweiz ab und repräsentiert den Ausgleich zwischen den Regionen. Ihre dezentrale Organisation sorgt für eine breite Verankerung der SRG in der Bevölkerung und verschafft dem Unternehmen eine hohe Glaubwürdigkeit in allen Teilen der Schweiz. Die SRG sollte ihre breite regionale Verankerung auf keinen Fall preisgeben, da dies negative Folgen haben könnte, z.B. wenn in einigen Jahren wieder wichtige medienpolitische Weichenstellungen in Volksabstimmungen entschieden werden.

Die WRK hat sich im Abstimmungskampf gegen die „No-Billag“ Initiative Anfang Jahr stark für die SRG engagiert, da die Initiative einen Frontalangriff auf den nationalen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Sprachregionen darstellte. Die Westschweizer Kantone sind sich bewusst, dass die SRG Einsparungen machen und sich für die Zukunft neu aufstellen muss. Doch sie sind überzeugt, dass dies nicht auf Kosten des nationalen Zusammenhalts geschehen darf, welcher durch die angestrebte Zentralisierung der SRF-Redaktion in Zürich geschwächt würde. Der Preis, den die SRG und unser föderalistisch aufgebautes Staatswesen dafür in Zukunft bezahlen müssten, wäre zu hoch.

Weitere Informationen:

Roberto Schmidt, Staatsrat, Präsident der WRK, 079 220 32 29